

Bürgerinitiative (BI) „ProVita“

Die BI „ProVita“ wurde im Januar 2013 gegründet aus Protest gegen jede Neuerrichtung von Intensivtierhaltungsanlagen. Anlass war die geplante Hähnchenmastanlage (HMA) Fienstorf von **180 000 Tieren pro Mastdurchgang**, also etwa **1,44 Mio. Tieren im Jahr**, keine 10 km von Rostock und ca. 500m von den ersten Wohn-Grundstücken Fienstorfs entfernt. Eine geplante Halle für Hühnerkot soll in nur 350m Entfernung errichtet werden.

Zwei Jahre BI „ProVita“ gibt Anlass über unsere bisherige Arbeit Rechenschaft abzulegen. Was haben wir getan, was erreicht und wie sieht unsere weitere Arbeit aus?

Wir möchten in diesem Pressegespräch die Bürger informieren und gleichzeitig an die Politiker appellieren, endlich ein Umdenken in der Landwirtschaft einzuleiten. Insbesondere die Landesregierung hat es in der Hand, der Nachhaltigkeit mehr Gewicht zu verleihen und der Tierquälerei endlich ein Ende zu bereiten.

Als Kritiker der Intensivtierhaltung besteht unsere Arbeit im Wesentlichen darin, das Genehmigungsverfahren aufmerksam zu verfolgen.

Dabei ergeben sich manchmal Fakten, die zum Teil unverständlich und so ungeheuerlich für den „normalen“ Bürger sind, dass sie das Vertrauen sowohl in die Genehmigungsbehörde, das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt (StALU MM) als auch in die Politiker massiv erschüttern.

Einige dieser Fakten möchte ich zur Information hier mitteilen.

Die geplante HMA soll in ein vom Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung ausgewiesenes Vorbehaltsgebiet für Trinkwasser gebaut werden.

Der Trinkwasserbrunnen für alle umliegenden Ortschaften liegt nur wenige 100 m vom geplanten Standort entfernt. Das Oberflächenwasser der Ställe und Stallvorplätze wird ungefiltert in das Flüsschen „Carbäk“, das in die Warnow fließt, und in den Peezer Bach geleitet, beide Gewässer münden letztendlich in die Ostsee .

Nicht nur Tier- und Umweltschützer protestieren wegen massiver Umweltverschmutzungen, sondern Wissenschaftler, Ärzte und zunehmend auch Behörden warnen vor dieser großen Gefahr und versuchen ein Umdenken in der Landwirtschaft zu erreichen.

Das **Umweltbundesamt (UBA)** fordert in einer 40-seitigen Studie sehr detailliert das Umdenken in der Landwirtschaft.

Das **Landesumweltamt Güstrow** veröffentlicht: *„Nitrate gefährden das Wasser durch intensive Düngung, besonders mit Gülle. Jeder zweite Grundwasserbereich in M-V musste wegen seines schlechten Zustandes nach Brüssel gemeldet werden. Nitratwerte sind höher als erlaubt.“* (Dr. Alexander Bachor)

Bad Doberan :

Mehr Aufwand fürs Trinkwasser

„Vertreter der Wasserwirtschaft wollen Dialog mit der Landwirtschaft und Politik. Wasserversorger müssen immer höheren Aufwand betreiben, damit geltende Grenzwerte diverser schädlicher Stoffe im Trinkwasser noch eingehalten werden können.“

„Keime widerstehen Antibiotika“

Zahl der Todesfälle in M-V wegen multiresistenter Keime gestiegen. Gefahren besonders für Ältere.

Und , und, und....

Und trotzdem werden immer wieder große Stallanlagen genehmigt.
Wo ist da die Logik?

Ein anderes Beispiel:

Die **Berechnung der Konzentration aller Auswirkungen** der sich am Standort Fienstorf befindlichen Anlagen, also auch der Biogasanlage des gleichen Investors, ist aus unserer Kenntnis bis zum heutigen Tag unterblieben, obwohl das Minister Dr. Backhaus während eines Besuches bei uns in Anwesenheit des damaligen Chefs des StALU MM gefordert hat.

Problematisch ist die Zuwegung zu den Anlagen – die **Erschließung des Standortes**.

Die Erschließung der Biogasanlage am gemeinsamen Standort ist nach dreijähriger Inbetriebnahme bis heute nicht geregelt.

Nach Aussage des Wirtschaftsministeriums wird über eine gemeinsame Erschließung zwischen Biogasanlage und noch nicht genehmigter HMA nachgedacht.

Es ist also nach Auskunft des Ministeriums möglich, eine **agrarindustrielle Anlage behördlich zu genehmigen** und **erst Jahre nach ihrer Errichtung und Inbetriebnahme deren Erschließung zu regeln**.

Das ist nach unserer Meinung ein, das Rechtssystem revoltierender Aspekt, der für die Genehmigungsverfahren beim Bau von Eigenheimen auch anzuwenden wäre.

Udenkbar! Doch – gleiches Recht für alle. Eigentlich.

Das Amt für Straßenbau und Verkehr, Landkreis Rostock, gibt bekannt, dass die Erschließung der geplanten HMA gewährleistet ist.

Begründung: **Es gibt eine Straße und die ist befahrbar!**

Man weiß schon, dass es sich bei den zur Verfügung stehenden Straßen in der Regel um ländlichen Wegebau handelt, also ohne entsprechenden Unterbau, Banketten, mit zu geringer Breite und viel zu wenigen Ausweichtaschen. Die Gemeinde hat aus diesen Gründen, das gemeindliche Einvernehmen bereits schon 3x versagt.

Wie zu erfahren ist, sei das Straßenbauamt in Güstrow für den baulichen Zustand der Straßen nicht zuständig.

Das ist richtig – das ist die Gemeinde. Wieso aber widerspricht dann dieses Amt, der Einschätzung der Gemeinde, dass die Straßen für den Verkehr im Zusammenhang mit der Biogas- und Hähnchenmastanlage ungeeignet sind?

Immerhin beruft sich das StaLUMM als Genehmigungsbehörde auf die Erklärung aus Güstrow, um die Ablehnung der Gemeinde zu kippen.

In den letzten Jahren haben mehrere Urteile von Oberverwaltungsgerichten gezeigt, dass der Aufbau von Straßen sehr wohl Voraussetzung für die Aufnahme von zusätzlichem Schwerlastverkehr ist und dass ein sicherer Verkehr mit Begegnungsverkehr gewährleistet werden muss.

Die letzte und für uns erschreckendste Nachricht, über die ich Sie informieren möchte, ist das Auftauchen eines Dokumentes in den Akten der Genehmigungsbehörde, von dem bislang noch niemand wusste, weder Bürgermeister, noch Gemeindevertreter, noch uns bekannte Bürger.

Es ist eine sogenannte „**Machbarkeitsanalyse**“, die vom Ingenieurbüro ECO-CERT am 18.11.2009 erstellt wurde.

In dieser heißt es:

*„Herr Jan-Hinrich Kühl beabsichtigt zum Aufbau eines weiteren wirtschaftlichen Standbeines die Errichtung einer HMA mit ca. **320 000 Tierplätzen**, bestehend aus **8 Ställen** a **40 000 Masthähnchen** sowie die Errichtung einer Biogasanlage.....“*

Die Genehmigungsbehörde, das StALU MM hat dazu gegenüber dem Investor eine **Stellung abgegeben**, die wir nicht kennen, um die wir uns aber bemühen. Es scheint für die Behörde schwierig zu sein, diese Information der Öffentlichkeit zu Kenntnis zu geben.

Im vorliegenden Antrag für die geplante HMA wird dieses Dokument nicht erwähnt, deshalb muss es juristisch gesehen von der Behörde nicht berücksichtigt werden.

Trotzdem zeigt es allen das ursprüngliche Vorhaben des Investors. Dieser hat darüber gegenüber der Öffentlichkeit bisher keine Silbe verlauten lassen.

Da es leider in unserem Land gängige Praxis ist, eine genehmigte Anlage immer wieder zu erweitern, das ist durch mehrere Fälle belegt, löst das Entsetzen, Wut und Angst in der Bevölkerung aus.

Die Vorstellung, eine Mega-Anlage im „Speckgürtel“ Rostocks, der größten Stadt M-Vs, inmitten eines Trinkwasservorbehaltsgebietes zu sehen, ist grausam und unverantwortlich.

Jeder denkt sofort an die katastrophalen Auswirkungen der bekannten Megaställe in unserem Land, von denen auch die Politiker (besonders die der SPD) schon oft in der Öffentlichkeit betont haben, dass Sie diese lieber nicht im Land hätten.

Die Menschen fühlen sich betrogen und für dumm verkauft.

Zuerst beantragte der Investor am Standort eine allgemein begrüßte Pferdezucht, dann stand fast über Nacht eine Biogasanlage – ohne Bürgerbeteiligung – es folgte der Antrag auf eine HMA von 180 000 Tieren und jetzt die Erkenntnis, dass er von Anfang an die Errichtung einer doppelt so großen Anlage vorhat.

Wieso können solche Leute nicht mit offenen Karten spielen?

Da drängt sich doch die Frage auf: Was kann noch kommen?

Vertrauen schaffen sieht anders aus!

Frust und Politikverdrossenheit werden immer größer.

Die jüngsten Ergebnisse der Bremer Wahl zeigen das sehr anschaulich.

Selbst in einer SPD-Hochburg wie Bremen sind die Zahlen ihrer Anhänger rückläufig.

Auf Bundesebene wird Bürgerdialog und Bürgernähe „**verordnet**“.

Aber wir wollen endlich auch Taten sehen.

Auch und besonders von unserm SPD-Landwirtschaftsminister.

Megaställe sind nicht mehr zeitgemäß.

Die Menschen sind weitestgehend über die Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt aufgeklärt, die von diesen Massentierhaltungsanlagen ausgehen.

Bürgerproteste werden sich in allen Farben präsentieren, denn es geht um sehr viel:

Die Gesundheit, die Ernährung und die Lebensqualität der Menschen.